

Wählen mit 16: Jugendliche und Politik in Österreich

Perlot, Flooh; Zandonella, Martina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Perlot, F., & Zandonella, M. (2009). Wählen mit 16: Jugendliche und Politik in Österreich. *SWS-Rundschau*, 49(4), 420-445. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-322859>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wählen mit 16 – Jugendliche und Politik in Österreich

Flooh Perlot/Martina Zandonella (Wien)

Flooh Perlot/Martina Zandonella: *Wählen mit 16 – Jugendliche und Politik in Österreich* (S. 420–445)

In Österreich wurde 2007 im Zuge einer Wahlrechtsreform das aktive Wahlalter gesenkt, bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2008 durften somit erstmals auch Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Diese neue Situation war Anlass für eine Nachwahlstudie »Wählen mit 16«, welche sich mit den politischen Einstellungen, dem Wahlverhalten und Demokratieverständnis von 16- bis 18-Jährigen beschäftigte. Der Artikel fasst einige zentrale Ergebnisse der Studie zusammen. Dazu zählen u. a., dass Jugendliche nicht als homogene Gruppe betrachtet werden können, sondern differenzierte Einstellungen an den Tag legen, und dass der Status als SchülerIn oder Erwerbstätige/r ein besonders wichtiger Einflussfaktor ist.

Schlagworte: Wahlalter, Jugendliche, Politikverständnis, Nationalratswahl Österreich

Flooh Perlot/Martina Zandonella: *Voting Age 16 – Youth and Politics in Austria* (pp. 420–445)

In 2007, the voting age in Austria was lowered from 18 to 16 years of age. For the first time, adolescents, above the age of 16, were allowed to vote in the early parliamentary elections of 2008. This new situation served as a starting point for a post-election survey of political attitudes, voting behaviour and the democratic understanding of the 16 to 18 year olds. The article summarises some of the main findings. It draws the conclusion that adolescents are a politically heterogeneous group, expressing different attitudes. The status as a school pupil or an employee represents a particularly important factor.

Keywords: voting age, youth, political attitudes, national parliamentary elections Austria

1. Einleitung

In Österreich wurde 2007 im Zuge einer Wahlrechtsreform das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Damit erhielten Jugendliche die Möglichkeit, erstmals auf allen politischen Ebenen bei Wahlen mitzubestimmen. Zuvor war das Wahlalter bei einigen lokalen und regionalen Wahlen verringert worden – so hatten im Burgenland und in Wien 2005 bereits Jugendliche wählen können.

Die Wahlaltersenkung selbst war ohne Beispiel in Europa, dementsprechend fehlten Erfahrungswerte über die Reaktion der Jugendlichen. Nur vereinzelt gab es Untersuchungen über Auswirkungen dieses Schritts (für Österreich siehe etwa Kozeluh/ Nitsch 2006 anlässlich der Wiener Gemeinderatswahl 2005, bei der 16-Jährige erstmals wählen durften).

Dass schließlich die Nationalratswahl anders als gesetzlich vorgesehen nicht 2010, sondern bereits 2008 abgehalten wurde, verlieh dem Thema zusätzliche Dynamik, war doch die Senkung des Wahlalters plötzlich einem praktischen Test ausgesetzt.

Rückblickend war damit die vorgezogene Wahl samt der Wahlaltersenkung ein Anlass, sich mit dem Politikverständnis von Jugendlichen in Österreich auseinanderzusetzen. Der vorliegende Artikel versucht, einige Aspekte dieses Themas zu beleuchten. Er fußt auf der Nachwahlstudie »Wählen mit 16«, die vom Institute for Social Research and Analysis (SORA), vom Institut für Strategieanalysen (ISA) und der Politikwissenschaftlerin Ulrike Kozeluh im Herbst 2008 durchgeführt wurde (SORA/ ISA/ Kozeluh 2009). Die Erkenntnisse beruhen auf einer telefonischen Umfrage unter 1.000 16- bis 18-jährigen ÖsterreicherInnen, auf 15 Tiefeninterviews und zwei moderierten Gruppendiskussionen (Fokusgruppen) mit insgesamt 19 TeilnehmerInnen. Das Projekt wurde vom Bundeskanzleramt, vom Parlament, vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, der Stadt Wien, vom Land Kärnten und der Donau-Universität Krems gefördert.

Der Artikel soll einen Überblick zu politischen Einstellungen von Jugendlichen geben. Basierend auf der Nachwahlstudie »Wählen mit 16« werden die Haltungen der 16- bis 18-Jährigen in Österreich zu Themen wie Demokratie, Partizipation und Politik insgesamt sowie deren Einschätzung von politischen AkteurInnen und Prozessen dargestellt. Kapitel 2 beschäftigt sich zunächst mit den Rahmenbedingungen und dem politischen Umfeld der Wahlaltersenkung und der folgenden Nationalratswahl 2008. Kapitel 3 widmet sich dem Methodendesign und den Forschungsfragen, Abschnitt 4 stellt kurz die theoretischen Grundlagen – politische Sozialisation und Partizipation – dar und Kapitel 5 dokumentiert einige Ergebnisse der Studie, die im Fazit pointiert zusammengefasst werden.

2. Rahmenbedingungen

Ausgangspunkt für die innenpolitischen Entwicklungen hin zur vorgezogenen Nationalratswahl 2008 war die Nationalratswahl 2006, bei der die SPÖ die ÖVP überholte und stimmenstärkste Partei wurde. Die folgende Große Koalition unter

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) und Vizekanzler Wilhelm Molterer (ÖVP) war von Beginn an von Misstönen begleitet. Diese Situation führte in weiterer Folge zu fortlaufenden Konflikten in der Regierung, welche (auch durch die Opposition) als Dauerstreiter gebrandmarkt wurde. Die Stimmung drohte zusehends zu eskalieren, bereits im Frühjahr 2008 wurde mit einer vorgezogenen Neuwahl spekuliert – und die Annahme war offenbar konkret genug, dass etwa der Tiroler Landtag das Vorziehen seiner eigenen Wahl vom Herbst auf den 7. Juni beschloss. So wollte man einer parallelen Wahl mit möglichen negativen Auswirkungen auf den eigenen Wahlkampf entgehen (Filzmaier/ Perlot 2009, 13).

Zwar kam es nicht zu dem erwarteten Wahlgang vor dem Sommer, doch Anfang Juli 2008 erklärte Vizekanzler Molterer seitens der ÖVP das vorzeitige Ende der Regierungszusammenarbeit. Als Neuwahltermin wurde der 28. September festgelegt, die Nationalratswahl erfolgte somit rund zwei Jahre früher als geplant.

Eines der Ergebnisse der nun vorzeitig abgelaufenen Legislaturperiode trat damit unmittelbar in den Mittelpunkt des Interesses: die Wahlrechtsreform. Sie enthielt mehrere Neuerungen. Die Einführung der Briefwahl erlaubte fortan die formal einfachere Abgabe der Stimme per Wahlkarte, wenn man das Wahllokal am Wahltag nicht aufsuchen kann oder will. Weiters wurde die Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre verlängert. Schließlich wurde das aktive Wahlalter (die Möglichkeit, zu wählen) von 18 auf 16 Jahre gesenkt sowie ein einheitliches Alter für das passive Wahlrecht (die Möglichkeit, gewählt zu werden) von 18 Jahren beschlossen. Zuvor hatte das passive Wahlalter bei Nationalratswahlen sowie Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg 19 Jahre betragen. Einzige Ausnahme von der neuen Regelung ist die Bundespräsidentenwahl, die ein Mindestalter von 35 Jahren für eine Kandidatur vorsieht.

Die Reform war umfassend und betraf sowohl bundesweite als auch regionale Wahlen. Die Bundesländer können zwar grundsätzlich ihre Wahlordnung selbst definieren, allerdings sind sie durch das Homogenitätsgebot gebunden: Sie dürfen damit die jeweilige Wahlordnung nicht restriktiver gestalten, als die Regelungen im Bund dies vorsehen. 16 Jahre als Grenze für das aktive Wahlrecht war und ist daher mit dem Gesetzesbeschluss in ganz Österreich verbindlich.

Insbesondere die Wahlaltersenkung ging mit einem politischen Bekenntnis zu mehr politischer Bildung und entsprechenden Begleitmaßnahmen einher, um die Jugendlichen auf die Wahlteilnahme besser vorzubereiten.

Breit angelegt war etwa die Initiative »Entscheidend bist du«, die vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) getragen wurde (<http://www.entscheidend-bist-du.at>, 1. 8. 2009).

Diese und ähnliche Schritte wurden vom Neuwahlbeschluss 2008 gleichsam überrollt. Statt weiteren zwei Jahren Vorbereitungszeit lagen plötzlich nur mehr wenige Monate vor dem bundesweiten Praxistest der Wahlrechtsreform. Besonders die neue WählerInnengruppe der Jugendlichen erhielt medial große Aufmerksamkeit – und das, obwohl die Senkung des Alters für den Wahlausgang unbedeutend war. Die neu mit

Wahlrecht ausgestatteten 16- bis 18-Jährigen machten bei der Nationalratswahl 2008 nur etwa drei Prozent der insgesamt rund sechs Millionen österreichischen Wahlberechtigten aus. Die Reaktionen auf das Wahlergebnis bezogen sich dennoch vielfach auf das Wahlverhalten der Jugendlichen und einen vermeintlichen Rechtsruck, wenngleich dieser empirisch kaum zu belegen war. Der Anteil der betroffenen Bevölkerungsgruppe war im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit rund drei Prozent zu klein, um verlässliche Rückschlüsse aus den damals vorhandenen repräsentativen Umfragen ziehen zu können.

3. Methodendesign und Forschungsfragen

Um diesem empirischen Mangel zu begegnen, wurde im Rahmen der Studie »Wählen mit 16« ein Forschungsdesign erarbeitet, welches quantitative und qualitative Methoden miteinander verband.

Das Ziel dieser Vorgehensweise bestand darin, nicht nur möglichst umfassende und allgemeingültige Ergebnisse, sondern auch tiefer gehende Erkenntnisse über die Einbeziehung der individuellen Ebene zu erhalten. So wurden schließlich sowohl eine quantitative Studie als auch moderierte Gruppendiskussionen und Tiefeninterviews durchgeführt.

Der Fragebogen und die beiden Leitfäden bauten auf den im Folgenden dargelegten Überlegungen zum Politikverständnis und zur politischen Partizipation von Jugendlichen auf (siehe weiter unten sowie Kap. 4.1 und 4.2).

Im Mittelpunkt der Untersuchung standen die 16- bis 18-jährigen ErstwählerInnen der Nationalratswahl 2008, ihr politisches Grundverständnis und ihre Werthaltungen gegenüber dem politischen System.

Folgende Forschungsfragen stellten den Kern der Studie dar und bildeten auch den Rahmen für die anschließenden Analysen:

- Was verstehen die ErstwählerInnen unter Politik?
- Welche Einstellungen bestehen hinsichtlich Demokratie und Partizipation?
- Wie beurteilen ErstwählerInnen Politik und politische AkteurInnen in Österreich?
- Welche Präferenzen zeigen sie hinsichtlich politischer Themen?
- Was sind die Wahl- und Nichtwahlmotive der ErstwählerInnen?
- Welches Informationsverhalten kann in Bezug auf Politik im Allgemeinen und die Nationalratswahl 2008 im Besonderen festgestellt werden?

Die Operationalisierung der Forschungsfragen erfolgte theoriegeleitet. Sie berücksichtigte u. a. Fends (1991) drei Dimensionen für die Erfassung des politischen Bewusstseins.

Untersucht wurden die Aspekte politisches Interesse, politisches Informationsverhalten, Partizipationsbereitschaft, Vertrauen in Institutionen, Einstellung zur und Zufriedenheit mit der Demokratie, ferner die Einstellung zu PolitikerInnen, die Wichtigkeit von Themen, die Selbstverortung im Links-rechts-Spektrum und gesellschaftspolitische Einstellungen (siehe dazu Kap. 4.1).

Im Hinblick auf das Gütekriterium der Validität wurde außerdem besonderer Wert darauf gelegt, solche Items zu verwenden, die bereits in ähnlichen Kontexten erprobt und testtheoretisch geprüft worden waren.¹

Die quantitative Erhebung fand in Form von 15-minütigen Telefoninterviews mit 1.000 ErstwählerInnen zwischen 16 und 18 Jahren statt. Diese für Österreich repräsentative Stichprobe erlaubt es, für die Gesamtpopulation der ErstwählerInnen und für wichtige Untergruppen gültige Aussagen zu treffen.

Die statistische Auswertung der quantitativen Erhebung erfolgte computergestützt unter Verwendung der statistischen Software SPSS. Neben einer deskriptiv beschreibenden Analyse der ErstwählerInnen standen statistische Zusammenhänge zwischen Einstellungen, sozialen Merkmalen und politischem Verhalten im Mittelpunkt.

4. Theoretische Grundlagen

Die Basis für die Studie »Wählen mit 16« bildeten Aspekte von Wählen und Partizipation sowie vor allem das Demokratie- und Politikverständnis von Jugendlichen in Österreich. Eine wesentliche theoretische Grundlage bzw. Prüfungsinstanz dafür ist die politische Sozialisation junger Menschen. Die zweite Theoriebasis der Studie ist die politische Partizipationsforschung.

4.1 Politische Sozialisation

In einer demokratischen Gesellschaft ist die individuelle Teilnahme am politischen System wesentlich für die Sicherung und Stabilität der Demokratie. Die für diese Teilnahme notwendigen Voraussetzungen – politisches Wissen, eine grundlegende Loyalität sowie Kritikfähigkeit gegenüber dem politischen System und politische Handlungsbereitschaft – entwickeln sich über Lernprozesse und Erfahrungen im Rahmen der politischen Sozialisation (Fend 1991, 139).

Politische Sozialisation umfasst also all jene Lernprozesse, über die Persönlichkeitsmerkmale, Werte, Einstellungen, Wissen und Fähigkeiten angeeignet werden, die das politische Bewusstsein bilden und das politische Verhalten steuern (Buhl 2003, 16). Als besonders wichtigen Schritt im Rahmen der politischen Sozialisation wertet Buhl (ebd.) die Entwicklung der Jugendlichen zu Gesellschaftsmitgliedern, die aktiv handeln und sich so an der Gestaltung ihrer politischen Umwelt beteiligen.

Wie sämtliche Sozialisationsprozesse vollzieht sich auch politische Sozialisation nicht allein über die direkte Auseinandersetzung des Individuums mit dem politischen

¹ So stammen die Items zu den Dimensionen politisches Informationsverhalten und Partizipationsbereitschaft aus dem Fragebogen der International Association for the Evaluation of Educational Achievement Civic Education Study (vgl. Torney-Purta et al. 2001 und Österreich 2002). Die Items zu den gesellschaftspolitischen Einstellungen sind folgenden beiden großen europäischen Projekten entnommen: European Social Survey (2008), verfügbar unter: http://www.europeansocialsurvey.org/index.php?option=com_content&view=article&id=63&Itemid=356, 12. 10. 2009 und European Value Study (2008), verfügbar unter: <http://www.europeanvaluesstudy.eu/evs/surveys/survey-2008.html>, 12. 10. 2009 in der deutschen Übersetzung von Rathkolb und Ogris (2008).

System, sondern wird über verschiedenste soziale Situationen und Kontexte vermittelt. Claußen (1982, 1996) analysiert eben diese Kontexte und nennt dabei Einflüsse aus Bereichen der Makro-, Meso- und Mikroebene, welche wiederum aufeinander einwirken. Die Institutionen der Mesoebene (Familie, Schule, Betrieb, Partei, Verein, Medien) wirken als Vermittler zwischen der Makroebene (internationale und nationale politische Systeme) und dem lernenden Individuum. Die Mikroebene umfasst schließlich die konkreten Interaktionen zwischen spezifischen Sozialisationsagenten (v. a. Eltern, LehrerInnen, Gleichaltrige) und dem lernenden Individuum sowie die individuelle Verarbeitung von Umwelteinflüssen (Claußen 1982, 5).

Über den Weg der politischen Sozialisation entwickelt eine Person im Laufe ihres Lebens eine grundsätzliche Haltung gegenüber allem Politischen. Entwicklungspsychologische Studien haben diesbezüglich gezeigt, dass bereits im Kindesalter emotionale Bindungen an politische Symbole und politisch wichtige Personen vorhanden sind (Easton/Dennis 1969, Hess/Torney 1970). Dabei übernehmen Kinder die von ihnen wahrgenommenen elterlichen Reaktionen auf bestimmte politische Ereignisse (Fend 2000, 391). Diese emotionalen Prägungen entstehen bereits vor einem konkretem Wissen bzw. Verständnis für politische Zusammenhänge, sind relativ stabil und strukturieren das zukünftige politische Lernen vor. Jene Phase, in der die Fähigkeit zu abstraktem Denken und somit die kognitive Basis für das eigenständige Nachdenken über politische Fragen erworben wird, ist aus entwicklungspsychologischer Sicht der Übergang von der Kindheit in die Adoleszenz (Adelson 1980, Preiser 2002). Adelson (1980, 272) konnte diesbezüglich empirisch zeigen, dass Jugendliche am Ende dieser Phase sowohl über abstraktes und differenziertes Denken als auch über Feingefühl für politische Strukturen verfügen. Auch Oerter (1987) verweist darauf, dass innerhalb dieser Zeitspanne die moralisch-kognitive Entwicklung in ihren entscheidenden Grundzügen abgeschlossen ist und sich bereits eine grundlegende politische Orientierung herausgebildet hat. Dass sich diese in der Folge eher verfestigt denn verändert, haben Jennings/Niemi (1981) und Jennings/Stoker (2004) in ihren Längsschnittstudien eindrucksvoll demonstriert.

Die besondere Bedeutung der ersten Wahlteilnahme für die Entwicklung des zukünftigen politischen Verhaltens streicht Plutzer (2002, 42) hervor. Seiner Ansicht folgend entspricht Wählen einer Gewohnheit und der Grundstein zu dieser Gewohnheit wird in den ersten Wahlen gelegt. In diesem Zusammenhang konnte gezeigt werden, dass Wahlberechtigte, die an ihren ersten Wahlen nicht teilnehmen, eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, ihr gesamtes Leben lang NichtwählerInnen zu bleiben (Plutzer 2002, Fieldhouse et al. 2007). Aus diesem Grund und mit dem Ziel einer Steigerung der Wahlbeteiligung spricht sich Franklin (2004, 213) auch für eine allgemeine Wahlaltersenkung auf 15 Jahre aus. Gemäß seiner Argumentation würde so die erste Wahl noch innerhalb eines gefestigten schulischen Kontexts stattfinden: Dieser kann die Jugendlichen nicht nur vorbereiten, sondern bietet auch den Rahmen dafür, einen Grundstein für die Entwicklung der »Gewohnheit Wählen« zu legen.

An dieser Stelle soll noch die große Bedeutung der Schulen und Ausbildungsstätten für die politische Entwicklung Jugendlicher betont werden. Diese Sozialisations-

instanzen leisten ihren Beitrag zur politischen Sozialisation der Jugendlichen nicht nur durch Wissensvermittlung, sondern und vor allem auch dadurch, dass sie einen Raum bieten, um junge Menschen mit den Normen und Werten der Gesellschaft zu konfrontieren (Büttner/ Kladzinski 2005, Henkenborg 2006).

Die Bedeutung der Schule für die Jugendlichen als Informationsinstanz konnte auch die unserem Artikel zugrunde liegende Studie belegen. So gaben insgesamt 86 Prozent der befragten 16- bis 18-jährigen ErstwählerInnen an, dass sie in ihrer Schule auf die Nationalratswahl aufmerksam gemacht wurden. 88 Prozent wurden dort von ihren LehrerInnen über die Senkung des Wahlalters informiert und immerhin 27 Prozent gaben an, dass ihre Schule eine Diskussion mit PolitikerInnen veranstaltet hatte. Außerschulische Gespräche über die Wahl führten 87 Prozent der ErstwählerInnen im Freundeskreis, 76 Prozent mit der Mutter und 71 Prozent mit dem Vater. Nur 21 Prozent meinten, mit ParteiaktivistInnen Gespräche über die bevorstehende Wahl geführt zu haben.

Inwieweit und in welchem Ausmaß politisches Bewusstsein zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhanden ist, kann Fend (1991, 152) zufolge anhand von drei Dimensionen untersucht werden: Die *affektiv-motivationale Dimension* umfasst politisches Interesse, eine grundlegende Unterstützung der politischen Ordnung, Zufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems, Vertrauen in die politischen Institutionen und ihre VertreterInnen, eine Bewertung der politischen Positionen von Parteien und die Selbstverortung im politischen Raum. Die *kognitive Dimension* setzt sich aus der Fähigkeit zu abstraktem, analytischem und reflektiertem Denken sowie aus Kenntnissen über demokratische Verfahrensweisen und Wissen über bzw. die kritische Auseinandersetzung mit politischen Sachverhalten, Institutionen und Personen zusammen. Die *Verhaltensdimension* erfasst schließlich die Bereitschaft, sich am politischen Prozess zu beteiligen, sowie die tatsächliche Partizipation.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass die empirische Forschung zumindest für erwachsene Wahlberechtigte jene Frage beantwortet hat, die im Zuge der Wahlaltersenkung in Österreich immer wieder gestellt wird: Sind Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren überhaupt schon »mündige BürgerInnen«? Forschungsergebnisse kommen zum Schluss, dass erwachsene Wahlberechtigte kaum dem Ideal politisch mündiger BürgerInnen entsprechen.

So konnte u. a. gezeigt werden, dass viele von ihnen kaum ausreichende kognitive Strukturen ausgebildet haben und selbst über einfache politische Sachverhalte schlecht informiert sind (Berelson et al. 1954, 309). Außerdem wissen sie wenig über politische Strukturen und Prozesse und sind daher auch hier weit von den geforderten Normen entfernt (Delli Carpini/ Keeter 1996, 68). Das Idealbild von informierten und rational agierenden BürgerInnen ist gemessen an der Realität somit eher ein Klischee (Froomkin 2004, 3).

4.2 Politische Partizipation und Wahlverhalten

Ein Ergebnis der Sozialisation ist die Bereitschaft zur Partizipation am politischen Geschehen und damit zur aktiven Teilhabe an Politik. Der Begriff »politische Partizi-

pation« beinhaltet dabei nicht nur die Teilnahme der BürgerInnen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen im Rahmen institutionalisierter Beteiligungsformen wie Wahlen und Parteien (Beck 1977, 663). Er umfasst sämtliche freiwillige Aktivitäten von BürgerInnen, deren Ziel die direkte oder indirekte Beeinflussung von politischen Entscheidungen auf allen Ebenen des politischen Systems ist (Kaase 1992, 146).

Die Partizipationsforschung unterscheidet außerdem zwischen mehreren politischen Beteiligungsformen und differenziert im Allgemeinen zwischen konventionellem und unkonventionellem politischem Engagement (Kaase 1992, 140, Hansen 2009, 11). Im Zentrum der konventionellen Formen stehen die Wahlbeteiligung als häufigste Form der politischen Partizipation und die Mitarbeit in politischen Gruppierungen sowie Parteien. Zu den legalen Formen unkonventioneller politischer Beteiligung zählen genehmigte Demonstrationen, zu den illegalen Formen zum einen ziviler Ungehorsam (z. B. Hausbesetzungen) und zum anderen politische Gewalt (Verba et al. 1995, 46–47).

Welche Faktoren nun ausschlaggebend dafür sind, ob sich ein Individuum am politischen Geschehen in der einen oder anderen Form beteiligt, haben u. a. Verba et al. (1995) untersucht. Ihre Erkenntnisse sind im »civic voluntarism model«, einem Modell zur Erklärung freiwilliger BürgerInnenbeteiligung, zusammengefasst – aufgrund seiner guten empirischen Erklärungsleistung eines der wichtigsten Modelle der Partizipationsforschung (Hansen 2009, 15).

Das Modell enthält drei zentrale Erklärungsfaktoren, die eine positive Wirkung auf die politische Partizipation im Allgemeinen und unabhängig von der jeweiligen Sachfrage aufweisen. So tragen die *individuell verfügbaren Ressourcen* dazu bei, ob und wie leicht sich BürgerInnen politisch beteiligen können. Zu diesen Ressourcen zählen neben Zeit und Geld vor allem die so genannten »civic skills«. Diese betreffen objektive politische Kompetenz (Wissen und vorhandene Fertigkeiten), die sich im Laufe der Sozialisation im Rahmen gesellschaftlicher Institutionen wie Familie, Gleichaltrige (peer group), Schule oder Arbeitsplatz entwickelt (Verba et al. 1995, 304–307). Als zweiter Erklärungsfaktor beeinflusst die *politische Involvierung*, ob BürgerInnen am politischen Geschehen partizipieren wollen. Als wichtigste Dimensionen der politischen Involvierung nennen die Autoren politisches Interesse, politische Informiertheit (Kenntnis über politische Abläufe und aktuelle politische Themen), subjektive politische Kompetenz (Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, politische Vorgänge zu verstehen und effektiv am politischen Leben teilzunehmen) und Parteienbindung (ebd., 345–348). Die *Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke* stellt den dritten Erklärungsfaktor dar und bestimmt, ob BürgerInnen mit Informationen über aktuelle Partizipationsmöglichkeiten konfrontiert werden (ebd., 269). Eine weitere erklärende Variable ist die *Issueorientierung*. Diese entsteht aus einer persönlichen Überzeugung und/oder aufgrund persönlicher Betroffenheit von einer politischen Sachfrage. Da es sich hierbei um sehr konkrete politische Inhalte handelt, hat die Issueorientierung auch einen sehr spezifischen Einfluss auf die politische Partizipation (Verba et al. 1995, 391).

Für jene Gruppe, die an Wahlen teilnimmt, stellt sich die Frage nach den Wahlmotiven: Wer wählt also wen und warum? Mehrere Ansätze versuchen, jene Faktoren zu bestimmen, die zu einer individuellen Wahlentscheidung führen. Grundsätzlich können drei Theoriebereiche unterschieden werden, die chronologisch und zum Teil auch inhaltlich aufeinander aufbauen.

Der *mikrosoziologische Erklärungsansatz* der Columbia School (Lazarsfeld et al. 1944) betont die soziale Determiniertheit des Wahlverhaltens: Das Individuum ist in seinen gesellschaftlichen Kontext eingebunden und gehört sozialen Gruppen an. Das Wahlverhalten ist dabei umso stabiler, je fester die sozialen Milieus und die individuelle Gruppenbindung sind.

Lipset und Rokkan (1967) schlagen mit ihrem Konfliktlinienmodell einen *makrosoziologischen Ansatz* vor: Sie gehen von vier grundsätzlichen Konflikten in westeuropäischen Gesellschaften aus, die im Zuge der Entwicklung der Nationalstaaten (dominante vs. unterlegene Kultur und Staat vs. Kirche) und der Industrialisierung (Industrie- vs. Agrarinteressen und Kapital vs. Arbeit) entstanden. Abhängig von der jeweiligen nationalen Konstellation haben sich diese Konflikte dauerhaft im Struktur- bild der Parteiensysteme verfestigt und bestimmen im Wesentlichen auch heute noch das Wahlverhalten der BürgerInnen.

Demgegenüber stellt der *sozialpsychologische Ansatz* der Michigan School (Campbell et al. 1960) das Individuum stärker in den Mittelpunkt. Demzufolge ist die individuelle Wahlentscheidung sowohl von kurzfristigen Einflüssen (Wahrnehmung und Beurteilung von KandidatInnen und Sachthemen) als auch von langfristigen Einflüssen (Parteiidentifikation) geprägt. Die während der politischen Sozialisation erworbene Parteiidentifikation ist bei der Wahlentscheidung besonders wichtig, da sie auch als Filter bei der Bewertung von politischen KandidatInnen und Themen wirkt.

Bei den *Rational Choice-Ansätzen* steht schließlich das rationale Urteil der WählerInnen im Mittelpunkt der Wahlentscheidung. Diese erfolgt retrospektiv, indem die Arbeit der aktuellen Regierung hinsichtlich des Nutzens für die eigene Person und das eigene Land beurteilt wird. Kommen die WählerInnen zu einem positiven Resultat, werden die bisherigen Regierungsparteien wieder gewählt, fällt das Ergebnis negativ aus, kommt es zu einer Abwahl (Key 1966). Fiorina (1981) nimmt zusätzlich die Parteiidentifikation in sein Modell mit auf und nähert sich so dem sozialpsychologischen Ansatz der Michigan School etwas an.

Eine Mittelposition zwischen diesen Ansätzen nehmen schließlich Miller und Shanks (1996, 1992) mit ihrem *Kausalitätstrichter* ein. Ihnen zufolge geht die Wahlentscheidung aus einem mehrstufigen Kausalzusammenhang hervor, der sich aus langfristigen und kurzfristigen Einflussfaktoren zusammensetzt. Die Langzeitdeterminanten (Wirtschafts- und Sozialstruktur, Parteiidentifikation, ideologische Grundorientierung und Selbsteinschätzung) beeinflussen die aktuellen politischen Präferenzen in Bezug auf Parteien und Themen, die Einschätzung der aktuellen Lage, die retrospektive Leistungsbeurteilung der amtierenden Regierung, die Einschätzung der zur Wahl stehenden KandidatInnen und die damit verknüpften Erwartungen an künftige Leistungen.

5. Ergebnisse – Einstellungen von Jugendlichen zu Politik

Im Projektverlauf wurden die Ergebnisse der unterschiedlichen Methodenzugänge kombiniert und damit wurde versucht, eine mehrfache Perspektive auf die Fragestellungen zu gewinnen. Die Analyse gliederte sich in mehrere Themenblöcke, die als lose Struktur dienen sollen: Demokratie und Politik, gesellschaftspolitische Einstellungen und – hier aus Platzgründen nicht dargestellt – Europa.

Vorweg ist eine scheinbare Banalität festzuhalten: Es ist verfehlt, von *den* Jugendlichen als einer homogenen politischen Gruppe zu sprechen. So gibt es deutliche Abweichungen in ihren Meinungen, die sich insbesondere über den Status SchülerIn oder bereits vorliegende Erwerbstätigkeit definieren lassen. Dieser Status ist offenbar ein besonders wichtiger Bestimmungsfaktor für die politischen Einstellungen. Dabei sind erwerbstätige Jugendliche deutlich skeptischer und distanzierter gegenüber Politik eingestellt als jene, die noch eine Schule besuchen. Eine Ursache dafür dürfte der Zugang zu Bildung sein, da die Schule als wichtiger bis wichtigster Informationsvermittler über Politik genannt wurde. Eine analoge Institution fehlt, sobald das Bildungssystem verlassen wird. Andererseits haben SchülerInnen und berufstätige Jugendliche unterschiedliche Lebenswelten samt sozialen Milieus und Freizeitaktivitäten.

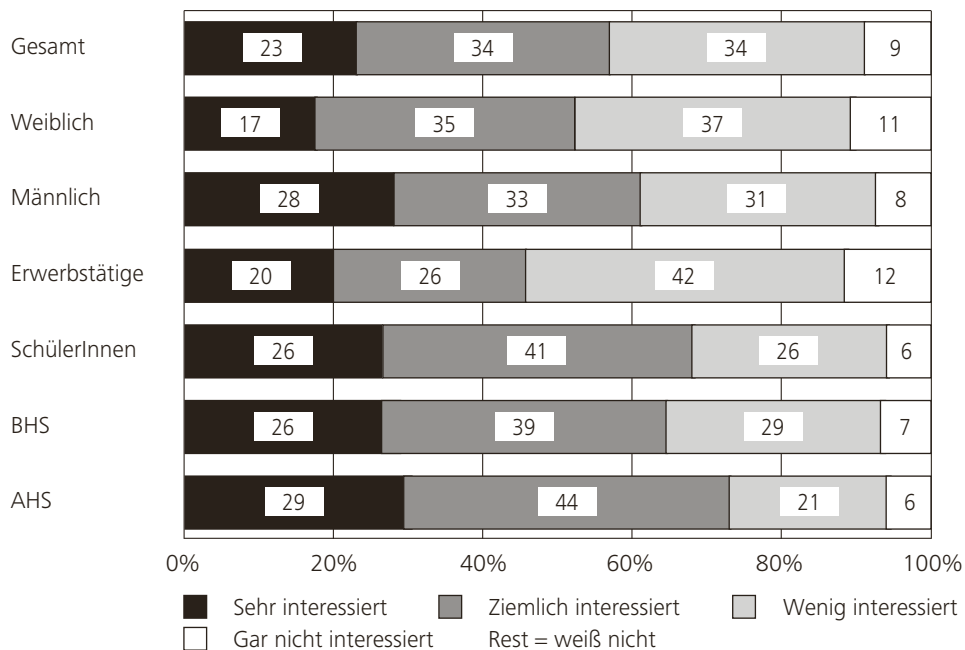
Ein Hinweis auf das politische Umfeld der Erhebung ist ebenfalls angebracht, fand diese doch im Gefolge der Nationalratswahl 2008 und insbesondere des Wahlkampfs statt. Bereits sein Ausgangspunkt war von der Darstellung des Konflikts zwischen SPÖ und ÖVP geprägt, was als Rahmenbedingung für die Wahrnehmung politischer Ereignisse zweifelsfrei eine Rolle spielte. Die Ergebnisse sind daher im Kontext dieses Rahmens zu verstehen.

5.1 Demokratie und Politik

Die Jugendlichen zeigten im Rahmen der Erhebung ein großes Interesse an Politik. 88 Prozent gaben bei der telefonischen Befragung an, bei der Nationalratswahl ihre Stimme abgegeben zu haben. Berücksichtigt man die in den Antworten zu erwartende Überdeklaration, die sich aus dem sozial erwünschten Verhalten Wahlteilnahme ergibt, so kann man davon ausgehen, dass die Wahlbeteiligung etwa jener der Gesamtbevölkerung (79 Prozent) entsprach. Somit lässt sich die Befürchtung nicht bestätigen, dass die Beteiligung in der Gruppe der 16- bis 18-Jährigen deutlich niedriger sein würde – etwa wegen vermutetem Desinteresse und mangelnden Informationen. Der Wert entspricht den Erfahrungen bei der Wiener Gemeinderatswahl 2005, wo ebenfalls eine annähernd gleich hohe Wahlbeteiligung unter Jugendlichen wie unter den sonstigen Wahlberechtigten festgestellt wurde (Kozeluh/Nitsch 2006, 135). Die 16- bis 18-Jährigen sind somit bei Wahlen weder besonders aktiv noch besonders inaktiv, sondern beteiligen sich analog zur restlichen Bevölkerung. Festzuhalten ist, dass die Wahlbeteiligung von SchülerInnen Allgemein bildender Höherer Schulen (AHS) deutlich höher war als jene von SchülerInnen in Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) oder in Berufsschulen.

Politisches Interesse ist bei den Jugendlichen sehr wohl vorhanden, auch abseits von Wahlen. So zeigt sich eine absolute Mehrheit grundsätzlich sehr oder zumindest ziemlich an Politik interessiert (siehe Abb. 1), über drei Viertel verfolgen zudem

Abbildung 1: Sind Sie an Politik sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht interessiert?
(Anteile in Prozent)



n = 1.000

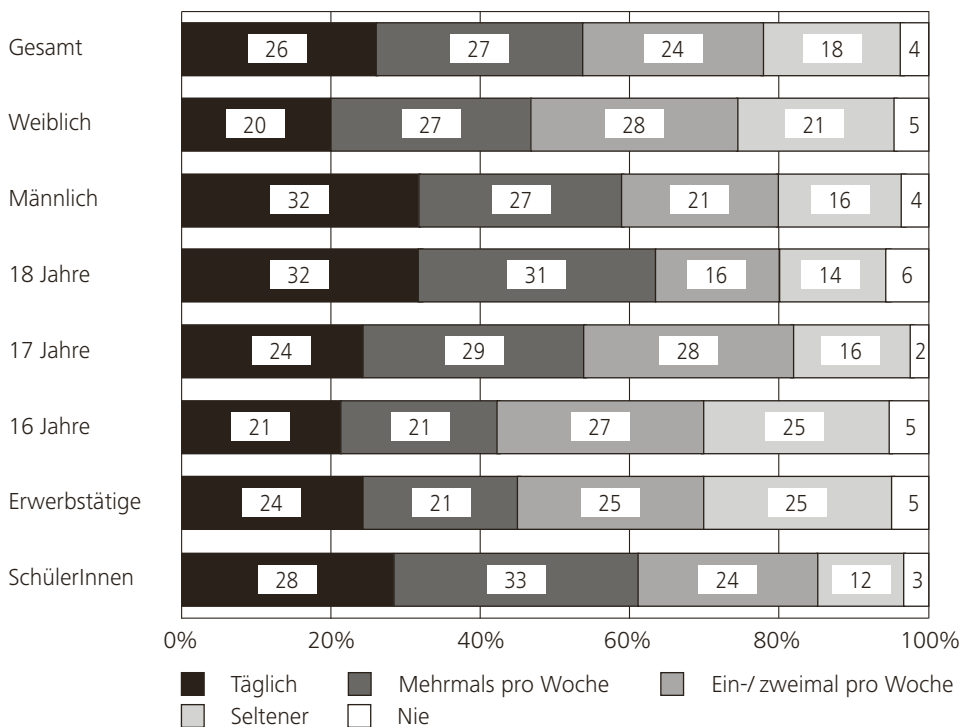
Anmerkung: BHS = Berufsbildende Höhere Schulen, AHS = Allgemein bildende Höhere Schulen

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 24

zumindest ein- bis zweimal pro Woche politische Themen (siehe Abb. 2). Den Nationalratswahlkampf 2008 verfolgten rund zwei Drittel mit Interesse, was mit dem (vor allem medialen) Aufmerksamkeitsbonus dieser innenpolitischen Phase zu erklären ist.

Beide Grafiken zeigen Abweichungen in Bezug auf die Soziodemographie. Männliche Befragte sind demnach deutlich mehr an Politik interessiert oder äußern dieses Interesse zumindest stärker. Ebenso weisen SchülerInnen eine größere Nähe zu politischen Themen auf, während sich erwerbstätige Jugendliche eher distanziert zeigen. Dieser Unterschied wird insofern bereits in der Schule vorweggenommen, als dort entsprechende Abweichungen zwischen SchülerInnen in Allgemein bildenden Höheren Schulen und Berufsbildenden Höheren Schulen bestehen.

Abbildung 2: Wie oft verfolgen Sie politische Themen im Fernsehen, im Radio oder in Tageszeitungen: täglich, mehrmals pro Woche, ein- oder zweimal pro Woche, seltener, oder nie? (Anteile in Prozent)



n = 1.000

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 25

Das Interesse der Jugendlichen zeigt sich auch darin, dass sie sich insgesamt zu schlecht informiert fühlen und mehr entsprechende Aufklärungsarbeit einfordern. In den qualitativen Teilen der Erhebung war dieser Wunsch durchgehend vorhanden. Das Angebot an politischer Bildung bewerten 16- bis 18-Jährige als zu wenig ausgebaut; diese Kompetenzen sollte wesentlich die Schule vermitteln, was aufgrund der großen Bedeutung von Ausbildung in dieser Altersgruppe wenig überrascht (vgl. dazu auch DUK/ OGM 2007).

Gleichzeitig skizziert diese Zuschreibung ein grundsätzliches Problem – über ein mögliches Defizit an politischer Bildungsarbeit in Schulen hinaus: Wie lassen sich Jugendliche erreichen, die nicht mehr im Bildungssystem verankert sind, da sie beispielsweise bereits einen Beruf ausüben? Die angedeuteten soziodemographischen Differenzen zwischen dieser Gruppe und den SchülerInnen unterstreichen die Wichtigkeit dieses Aspekts, da ein enger Zusammenhang zwischen Bildung und politischem Interesse sowie politischen Einstellungen evident ist.

Das Interesse an Politik führt zur Frage, was Politik für Jugendliche bedeutet. Die qualitative Erhebung zeigt, dass sie in ihrer Wahrnehmung zwischen im Wesentlichen zwei Politikbegriffen unterscheiden. Einerseits verbinden sie mit Politik Parteienwettbewerb, Parteipolitik und PolitikerInnen. Diesen Aspekten von Politik stehen sie sehr kritisch gegenüber, was jedoch dem grundsätzlichen Interesse zunächst keinen Abbruch tut. Eine tendenziell negative Einschätzung von Politik resultiert nicht automatisch in einer Abkehr davon, wiewohl in den qualitativen Gesprächen und Diskussionen durchaus gewisse Töne in diese Richtung vernehmbar waren.

Andererseits steht diesem sehr engen und auf Institutionen bezogenen Politikbegriff, der durch den zeitlichen Zusammenhang mit der Nationalratswahl vermutlich verstärkt wurde, ein deutlich weiteres Feld an politischen Aktivitäten und Handlungsfeldern gegenüber, die aber von den Jugendlichen nicht unbedingt bewusst als solche wahrgenommen werden. Dazu zählen beispielsweise die Mitbestimmung in der Schule oder das Engagement für gesellschaftspolitische Themen – Tätigkeiten, die die 16- bis 18-Jährigen eher als alltäglich denn als originär politisch betrachten.

Die Unterscheidung zwischen Politik und Parteipolitik schlägt sich in der Bewertung der beiden Bereiche nieder und zeigt sich etwa im Vertrauen in verschiedene Einrichtungen. Vermeintlich politisch neutrale Institutionen wie etwa die Sozialpartner (Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Wirtschaftskammer) genießen ein vergleichsweise hohes Vertrauen, PolitikerInnen und Parteien rangieren demgegenüber am unteren Ende des Spektrums (siehe Abb. 3).

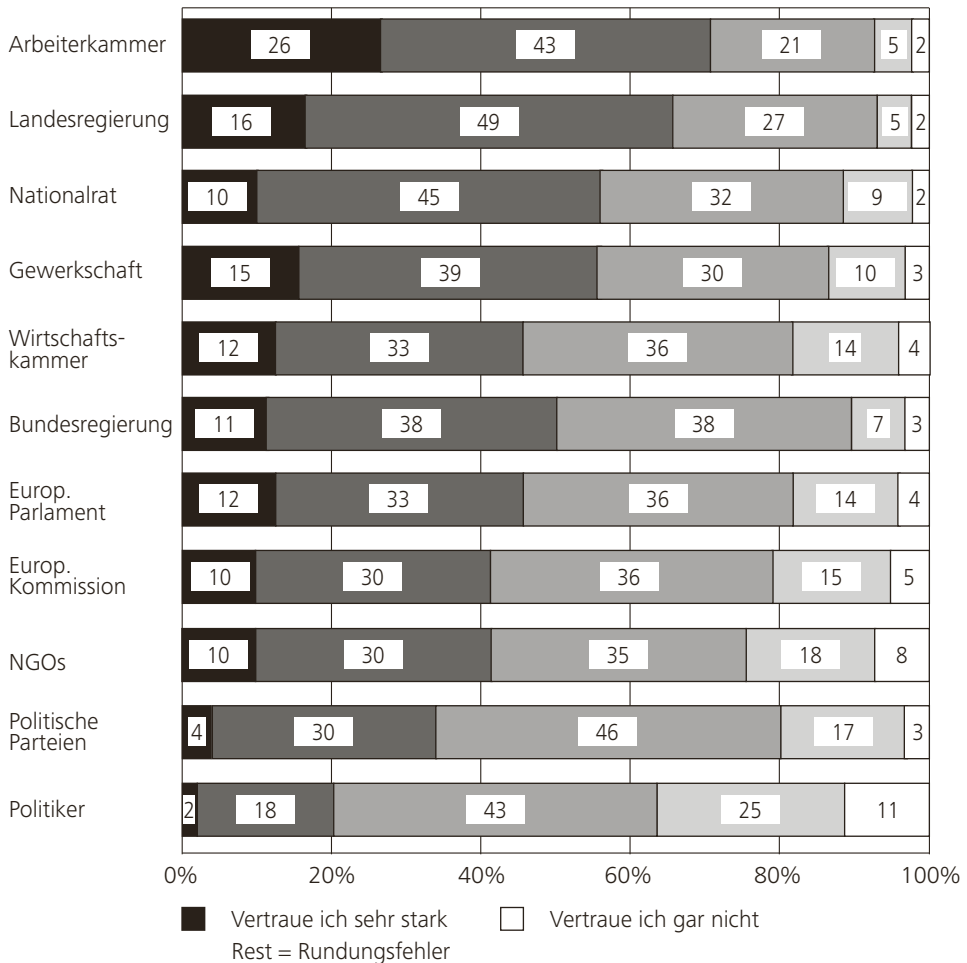
Wiederum unterscheiden sich die Einstellungen der Jugendlichen beim Thema Vertrauen nicht grundsätzlich von jenen der gesamten Bevölkerung. Parlament und Regierung genießen grundsätzlich mehr Vertrauen als die politischen AkteurInnen insgesamt, speziell PolitikerInnen rangieren durchgehend am Ende von entsprechenden Indices (vgl. etwa Europäische Kommission 2008, 30).

Die Teilnahme an Wahlen ist jene politische Aktivität, zu der mit Abstand die meisten Jugendlichen bereit sind (siehe Abb. 4, S. 434). Deutlich über 90 Prozent sind sicher oder eher bereit, wählen zu gehen.

Die Befürwortung anderer Tätigkeiten, etwa der Bereitschaft, an einer Demonstration teilzunehmen, ist im Vergleich mit der Wahlbeteiligung schwach ausgeprägt. Addiert man die Werte für sichere und potenzielle Bereitschaft, liegen sie allerdings deutlich über vergleichbaren Werten für die österreichische Gesamtbevölkerung im Zeitverlauf: So geben nur ca. 20 Prozent an, grundsätzlich zu Demonstrationen bereit zu sein; ähnliche Werte gelten für Deutschland (Plasser/ Ulram 2002, 58–59). Hier scheinen die 16- bis 18-Jährigen somit tendenziell eher bereit zu sein, sich auch abseits des Wahlgangs politisch zu engagieren. In jedem Fall liegt ihre Aktivitätsbereitschaft nicht unter jener der Gesamtbevölkerung.

Bemerkenswert ist in Anbetracht der Bedeutung des Wählens unter Jugendlichen, dass diese der Wahlaltersenkung ambivalent bis durchaus kritisch gegenüberstehen (vgl. dazu auch DUK/ OGM 2007: Von den damals befragten 14- bis 17-Jährigen lehnte eine Mehrheit von 51 Prozent die Senkung des Wahlalters eher ab; unter den 18- bis 24-Jährigen stieg die Ablehnung auf 63 Prozent.). Die von den Befragten in den

Abbildung 3: Ich werde Ihnen nun verschiedene Institutionen und Organisationen wie die Regierung und die Europäische Kommission nennen. Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 5, in welchem Ausmaß Sie jeder dieser Institutionen vertrauen. 1 bedeutet dabei »vertraue ich sehr stark« und 5 »vertraue ich gar nicht« (Anteile in Prozent)*



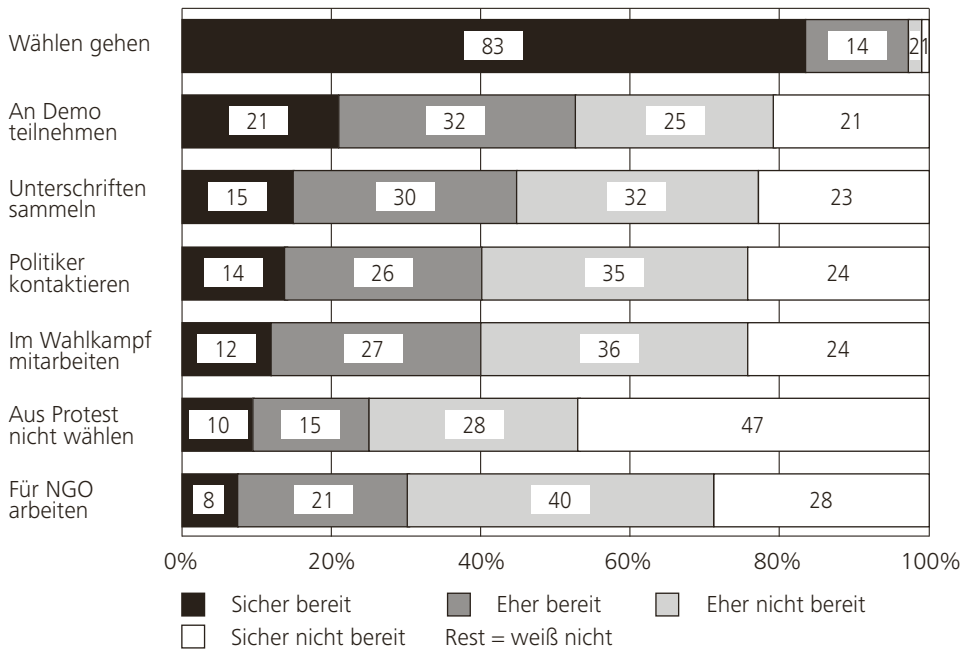
n = 1.000

Anmerkungen: Reihung der Institutionen nach kumulierten Werten für 1 und 5;
 NGOs = Nichtregierungsorganisationen.

* Gefragt wurde hier wie auch bei den Personenbezeichnungen in den weiteren Abbildungen und Tabellen jeweils nur nach der männlichen Form, da geschlechtsneutrale Formulierungen (noch) nicht Teil der Alltagssprache der Befragten sind und daher in telefonische Umfragen nicht sinnvoll integriert werden können.

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 34

Abbildung 4: Es gibt verschiedene Wege, politisch aktiv zu sein. Wären Sie sicher bereit, eher bereit, eher nicht bereit oder sicher nicht bereit, die folgenden Dinge zu tun? (Anteile in Prozent)



n = 1.000

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 40

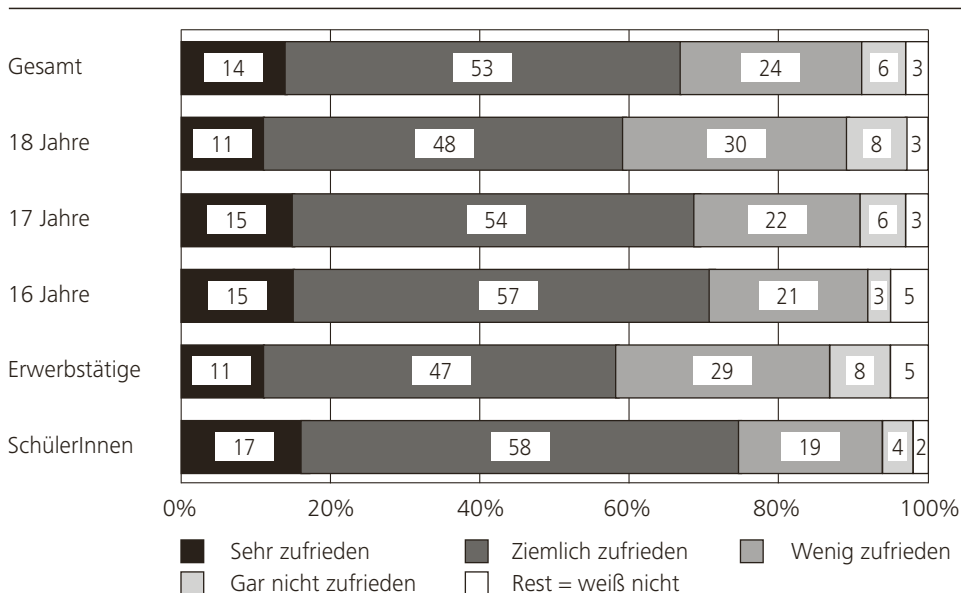
Gruppendiskussionen selbst geäußerten Gründe sind ein vermuteter (zu) geringer Informationsstand über Politik und politische Prozesse, mangelnde Reife der AltersgenossInnen, fehlendes Interesse an Politik und eine möglicherweise relativ einfache Manipulation und Beeinflussung durch Parteien. Es kann freilich angemerkt werden, dass die geäußerte Selbstkritik der Jugendlichen auch als Beweis für einen hohen Grad an Reflexion dienen kann und damit für ihre politische Mündigkeit spricht. Die Ablehnung erwächst nicht aus Skepsis gegenüber dem Wählen, sondern im Gegenteil aus einer Wertschätzung desselben. Positive Einschätzungen in den Interviews bezogen sich darauf, dass eine politische Beteiligung das Interesse stärke und den Jugendlichen auch mehr Mitsprachemöglichkeiten bieten könne.

Demokratie wurde von den Jugendlichen in den qualitativen Interviews und Diskussionen als gewisse Selbstverständlichkeit gesehen und als die beste Form des Staates befürwortet, die auch mit positiven Begriffen wie Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Mitsprache in Verbindung gebracht wird. In erster Linie dominiert jedoch ein institutionelles Verständnis, welches Demokratie mit Wählen respektive Wahlen gleichsetzt. Ähnlich wie beim Begriff »Politik« bestehen auch bei »Demokratie«

unterschiedliche Wortvorstellungen – die Jugendlichen differenzieren zwischen der Demokratie als Staatsform per se und der gelebten Demokratie in Österreich, welche von den politischen AkteurInnen und dem Parteienwettbewerb geprägt wird.

Dieser österreichischen Demokratie steht die Jugend überwiegend positiv gegenüber, zwei Drittel sind mit ihr sehr oder zumindest etwas zufrieden. Die Zufriedenheit zeigt sich in allen erfassten soziodemographischen Subgruppen – hier gibt es jeweils eine Mehrheit für die aktuelle Form der heimischen Demokratie. Allerdings darf die Zustimmung nicht über ein gewisses Kritikpotenzial hinwegtäuschen. Zum einen ist die Gruppe der sehr zufriedenen Jugendlichen stark begrenzt, zum anderen sind auch rund 30 Prozent der 16- bis 18-Jährigen weniger oder gar nicht zufrieden. Deutlich sichtbar ist hier erneut der Unterschied zwischen SchülerInnen und Erwerbstätigen. Während erstere zu drei Viertel mit der Demokratie zufrieden sind, sind nur 58 Prozent der bereits im Berufsleben stehenden Jugendlichen positiv eingestellt.

Abbildung 5: Sind Sie mit der Demokratie in Österreich sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zufrieden? (Anteile in Prozent)



n = 1.000

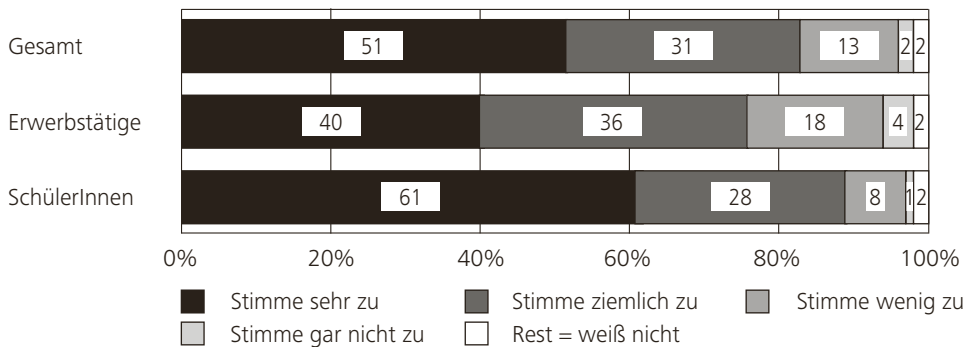
Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 23

Die Defizite der Demokratie ergeben sich in der Wahrnehmung der Jugendlichen aus den Verfehlungen der politischen AkteurInnen und in erster Linie aus deren öffentlichem Auftreten. Die Jugendlichen kritisierten in den Gesprächen vor allem eine mangelnde Kommunikationskultur, einen permanenten Streit und ein alles dominierendes Streben nach Stimmenmaximierung zu Lasten der inhaltlichen Arbeit. Dem

politischen Wettbewerb werde hier alles untergeordnet, was das politische System in Österreich insgesamt belaste. Diese Kritik formuliert ein fundamentales Problem mit der österreichischen Demokratie. Es stellt sich die Frage, ab welchem Zeitpunkt sich diese Kritik an Parteien und PolitikerInnen negativ auf die Einstellung zur Demokratie an sich auswirkt.

In der vorliegenden Studie unterscheiden die Jugendlichen noch. Über 80 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Demokratie trotz Problemen doch die beste Regierungsform darstellt (siehe Abb. 6). Dieser Wert ist deutlich höher als jener für die Zufriedenheit mit der heimischen Demokratie, und dies trifft bei SchülerInnen noch stärker zu.

Abbildung 6: Stimmen Sie folgenden Aussagen über Politik und Politiker sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform. (Anteile in Prozent)



n = 1.000

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 28

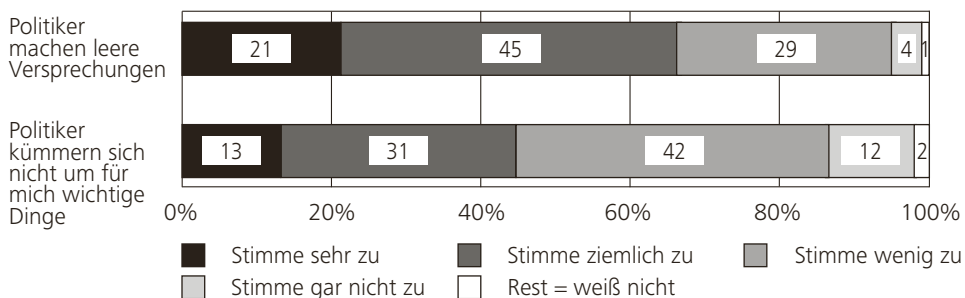
Die positive Assoziation zu Demokratie lässt sich allerdings bis zu einem gewissen Grad auch dadurch erklären, dass die Jugendlichen in der qualitativen Erhebung kaum Wissen über andere Staatsformen an den Tag legten und sie somit keine Alternativen zur demokratischen Regierungsform kennen. Auch hier besteht ein Nachholbedarf an Informationen.

Charakteristisch für das Verhältnis von Jugendlichen in Österreich zu PolitikerInnen und Parteien ist schließlich eine große gefühlte Distanz (vgl. auch Plasser/ Ulram 2002, 76). Diese Kluft erwächst aus der Einschätzung, dass politische AkteurInnen zu wenig über die Probleme der JungwählerInnen wissen sowie deren Interessen nicht vertreten würden. Anders ausgedrückt: Jugendliche fühlen sich von Partei- (PolitikerInnen) weder wahr- noch ernst genommen. Sie sind von deren Performance enttäuscht bzw. erwarten sich auch nicht viel mehr von ihnen.

So stimmt eine Mehrheit der Aussage zu, dass PolitikerInnen nur leere Versprechen machen. 44 Prozent sind der Meinung, dass sie sich nicht um Dinge kümmern, die den

Befragten wichtig sind (siehe Abb. 7). Diese Kritik ist unter erwerbstätigen Jugendlichen noch stärker ausgeprägt (20 Prozent Nennungen für »stimme sehr zu« im Vergleich zu drei Prozent bei SchülerInnen), was sich mit deren grundsätzlich skeptischer Haltung deckt.

Abbildung 7: Stimmen Sie folgenden Aussagen über Politik und Politiker sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? (Anteile in Prozent)



n = 1.000

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 28

Aus Sicht der Jugendlichen setzen politische Parteien nicht auf Themen, die für sie wichtig sind (siehe Abb. 8, S. 438), sondern bevorzugen andere Bevölkerungsgruppen. In den Gruppendiskussionen wurde beispielsweise das größere Engagement für PensionistInnen kritisiert. Diese subjektiv wahrgenommene Schwerpunktsetzung liegt im politischen Wettbewerb aus strategischen Gründen allerdings nahe und ist insofern logisch, als die 16- bis 18-Jährigen wie erwähnt eine sehr kleine WählerInnenschicht bilden.

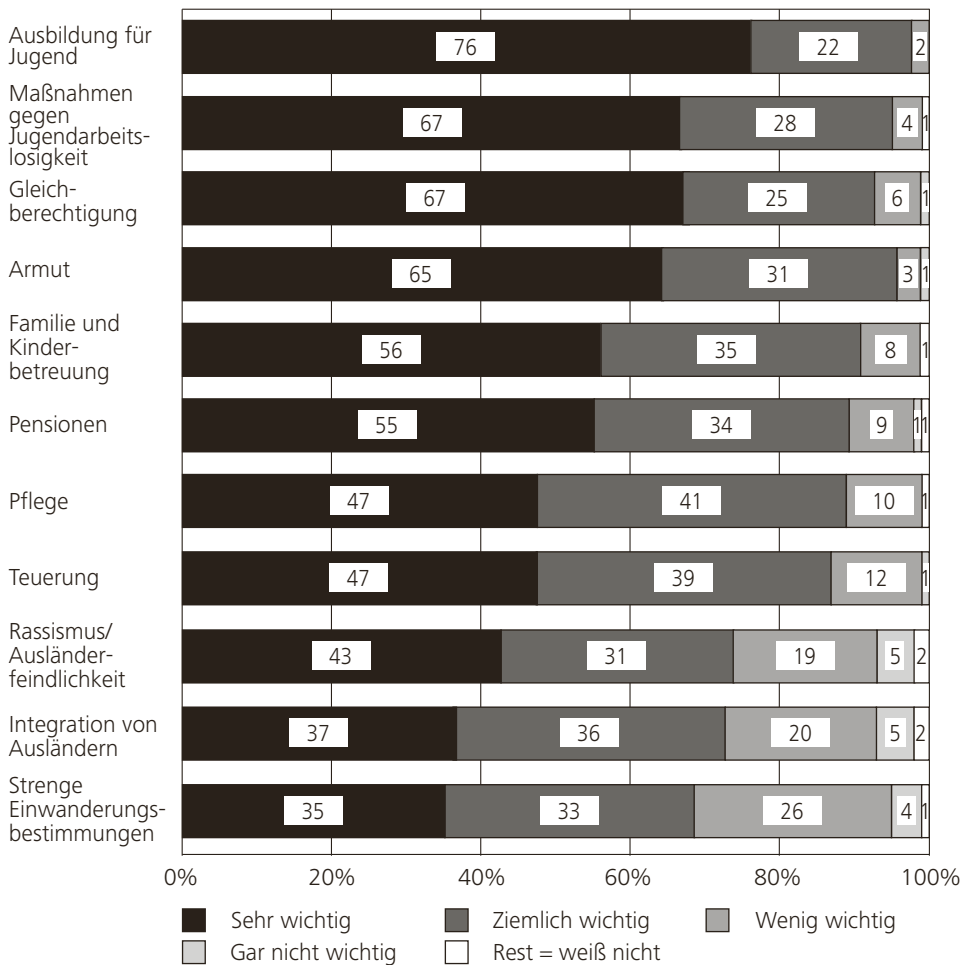
Bei der Themenpräferenz fällt ein offensichtlich starkes Bewusstsein für soziale Fragen auf, die teilweise mit der unmittelbaren Lebenswelt der Jugendlichen in Beziehung stehen (etwa Ausbildung und Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit). Auch die Gleichstellung von Männern und Frauen spielt eine große Rolle (92 Prozent nennen sie »sehr« oder »ziemlich wichtig«), eine derartige Sensibilisierung wurde bereits in früheren Erhebungen sichtbar (DUK/ OGM 2007). Damals war die Gleichbehandlung der Geschlechter für 44 Prozent der befragten Jugendlichen das meistgenannte Thema, für das zu wenig in politischer Bildung getan wurde.

Der Themenkomplex Migration, AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus ist demgegenüber Jugendlichen weniger wichtig (43 Prozent Nennungen für »sehr wichtig«) – allerdings ist bei den Antworten die soziale Erwünschtheit zu berücksichtigen. Gerade die Gespräche der qualitativen Erhebung zeigen, dass es im Zusammenhang mit diesem Themenbereich viele Berührungspunkte zu Alltag und Freizeit gibt.

Für Frauen sind im Vergleich mit Männern die Bereiche Gleichberechtigung (77 zu 58 Prozent, jeweils »sehr wichtig«), Armut (73 zu 59 Prozent), Pensionen (58 zu

Abbildung 8: Halten Sie es für sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig, dass sich die Politik in Österreich um folgende Themen und Probleme kümmert?

(Anteile in Prozent)



n = 1.000

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 37

53 Prozent) und Pflege (53 zu 42 Prozent) wesentlicher. SchülerInnen sehen Rassismus/ AusländerInnenfeindlichkeit als wichtiger an als Erwerbstätige (47 zu 39 Prozent); letztere hingegen bewerten die Themen Jugendarbeitslosigkeit (73 zu 62 Prozent), Familie und Kinderbetreuung (63 zu 51 Prozent), Pensionen (61 zu 50 Prozent), Pflege (52 zu 11 Prozent) und strenge Einwanderungsbestimmungen (44 zu 28 Prozent) als wichtiger. Dies entspricht vermutlich eher den persönlichen Bedürfnissen.

Ein nicht unwesentlicher Aspekt für die kritische Haltung gegenüber den Parteien war in den Gesprächen die Wahrnehmung der Jugendlichen, dass es diesen an einem klaren Profil fehlt. Es lässt sich für sie nur schwer nachvollziehen, wofür die einzelnen Gruppierungen stehen – im Gegenteil, die Positionierungen werden eher als diffus und nicht zuordenbar eingeordnet, die AkteurInnen selbst als austausch- und verwechselbar. Aussagen – vor allem im Wahlkampf – sind nicht konkret und machen für die 16- bis 18-Jährigen nicht deutlich, welche Ziele eigentlich verfolgt werden. Positiv fallen den Jugendlichen demgegenüber politische AkteurInnen mit einer klaren Sprache und klaren Ansagen auf, unabhängig davon, ob sie inhaltlich mit diesen übereinstimmen oder nicht.

5.2 Gesellschaftspolitische Einstellungen

In der Selbstverortung positionieren sich die Jugendlichen großteils in der politischen Mitte, darüber hinaus halten sich die Werte für »rechts« und »links« etwa die Waage. Diese Positionierung deckt sich mit der Tendenz einer neutralen Selbstbeschreibung in anderen Erhebungen (vgl. etwa Eurobarometer 2005, 8). Eine stärkere Linksorientierung findet sich im soziodemographischen Vergleich am ehesten und auch dann nur in einem geringen Ausmaß bei SchülerInnen (siehe Abb. 9, S. 440).

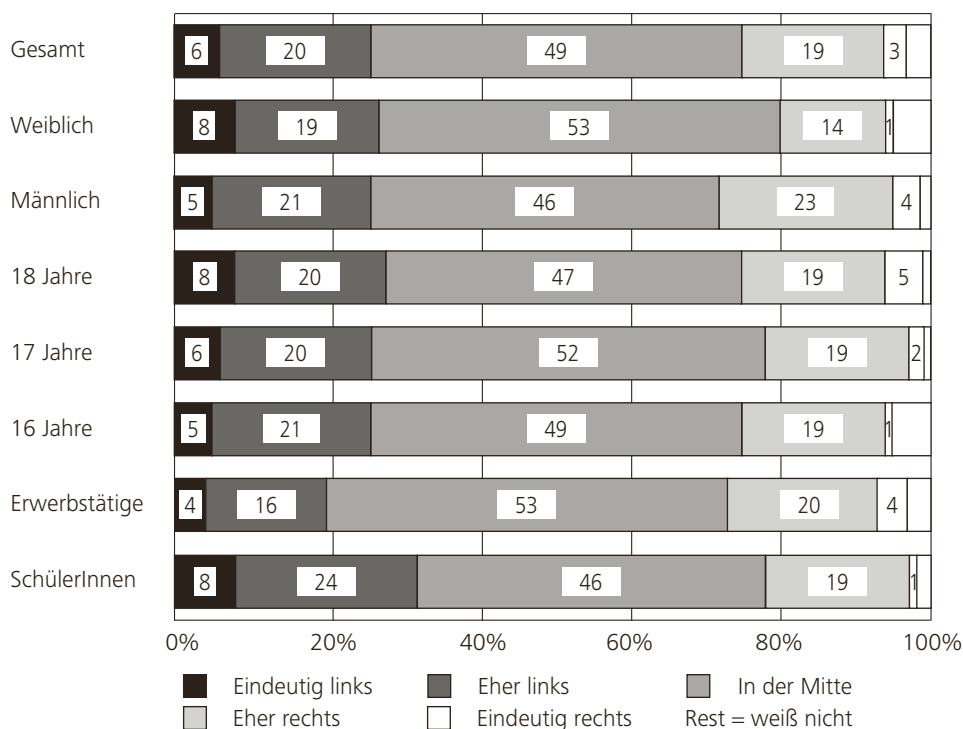
Grundsätzlich sollte aber mit den Begriffen »rechts« und »links« vorsichtig umgegangen werden, da sie für die Jugendlichen keine eindeutige Bedeutung haben. Interessant ist, dass »links« in den Interviews teilweise nur als Gegenteil zu »rechts« definiert wurde, die Jugendlichen dieser Position also zum Teil keine klare inhaltliche Komponente zuordnen können. Dieser Bedeutungsverlust respektive die Umdeutung derartiger Begriffe hat weitreichende Konsequenzen, da damit bestimmte Argumentationsmuster – etwa ein bewusstes Auftreten gegen »rechts« – an inhaltlicher Schlüssigkeit verlieren.

Es fällt zwar schwer, ein Profil der allgemeinpolitischen Präferenzen von Jugendlichen zu zeichnen, allerdings lassen sich auf Basis von einzelnen Aussagen bzw. bereits erprobten Items (siehe Kap. 3, Fußnote 1, S. 424) die Präferenzen in verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen skizzieren.

Auf größte Zustimmung stoßen unter den 16- bis 18-Jährigen Aussagen wie, dass es »mehr Frauen in der Politik geben« sollte und dass »Disziplin und Gehorsam zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören«. Umgekehrt werden Aussagen, dass »Frauen keinen Grund haben, noch mehr Rechte verlangen«, und dass meistens die Juden an Auswüchsen des Kapitalismus schuld seien, von über drei Viertel der Jugendlichen abgelehnt. Damit ist freilich eine Minderheit von knapp zehn Prozent (Rest Antwortverweigerung) solchen Gedanken nicht abgeneigt (siehe Abb. 10, S. 441). In einer demokratischen Gesellschaft ist grundsätzlich mit der Existenz von derart orientierten Gruppen zu rechnen, und so finden bereits unter Jugendlichen entsprechende Standpunkte – wenn auch geringen – Zuspruch.

Zwischen den Extrempolen zeigt sich eine Balance, die der Ausgeglichenheit zwischen links und rechts ähnlich ist. So stimmen etwa 35 Prozent der Aussage zu, dass sie sich durch MuslimInnen »manchmal wie ein Fremder im eigenen Land« fühlen wür-

Abbildung 9: Man spricht bei politischen Richtungen und Ideologien von »links« und »rechts«. Wo würden Sie sich persönlich in diesem Sinne einstufen?
(Anteile in Prozent)



n = 1.000

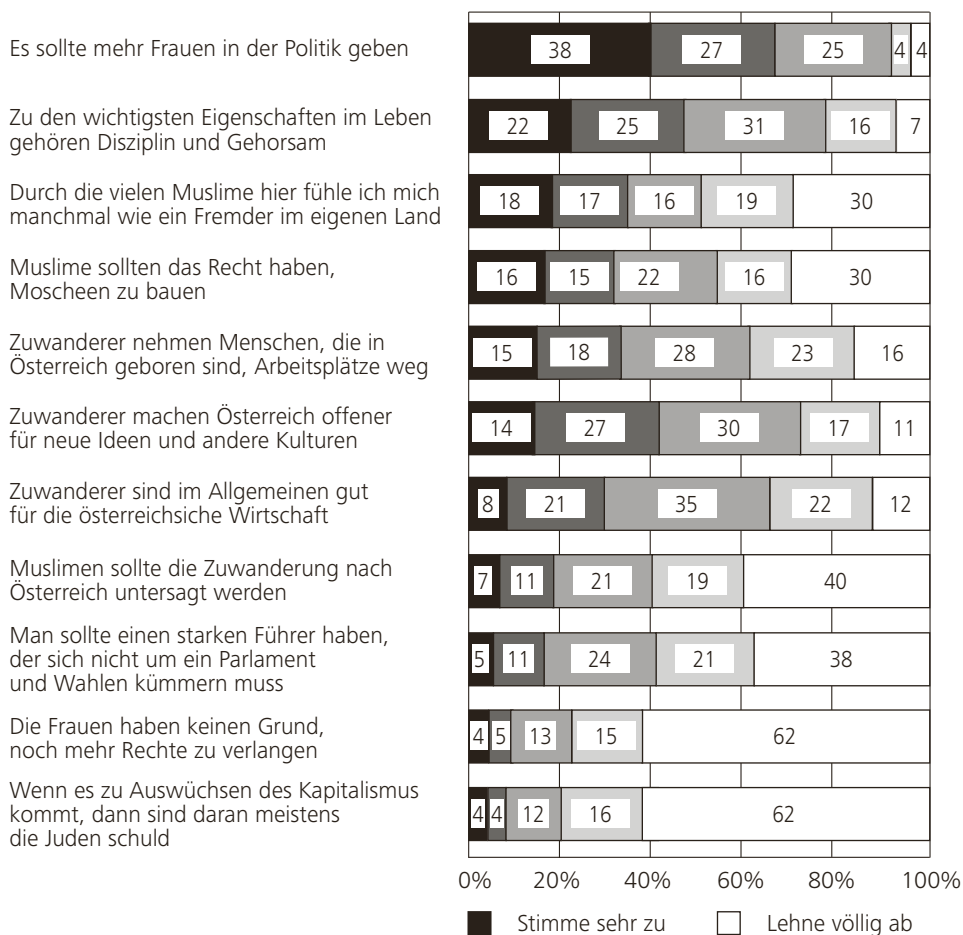
Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 29

den, 49 Prozent lehnen diese Feststellung ab. Umgekehrt meinen 31 Prozent, dass MuslimInnen ein Recht auf den Bau einer Moschee haben sollten, und 46 Prozent sprechen sich wiederum dagegen aus. Gleiches gilt für positive und negative Zuschreibungen in Bezug auf Migration. Das legt die Annahme nahe, dass unter den 16- bis 18-Jährigen kein Überhang in eine extreme Richtung besteht, sondern vielmehr ein relativ ausgewogenes Meinungsbild herrscht. Dieses ist jedoch nicht gleichgültig, sondern polarisiert. Das bedeutet, dass die Themen für die Jugendlichen durchaus greifbar sind und sie emotionalisieren.

Die in Österreich auch aktuell immer wieder diskutierte Frage nach einem starken Mann an der Staatsspitze² zeigt, dass nur eine kleine Minderheit der Jugendlichen

2 Zuletzt etwa anlässlich der Vorstellung der Europäischen Wertestudie im Juni 2009, vgl. http://derstandard.at/fs/1244460578904/Wertestudie-Studie-Sehnsucht-nach-dem-starken-Mann?sap=2&_pid=13225378, 14. 6. 2009.

Abbildung 10: Ich lese Ihnen nun unterschiedliche Aussagen vor, die man immer wieder hört. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 5, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen. (Anteile in Prozent)



n = 1.000

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 30

(16 Prozent) diesen Wunsch äußert. Dieser Wert liegt durchaus im Schnitt der Gesamtbevölkerung bzw. entspricht anderen Studienergebnissen zu diesem Thema (DUK/ OGM 2007). Ohne hier eine Bewertung über das Ausmaß dieser Gruppe abzugeben, lässt sich festhalten, dass die 16- bis 18-Jährigen in diesem Punkt nicht mehr oder weniger demokratisch orientiert sind als die übrigen ÖsterreicherInnen. Allerdings ist festzuhalten, dass der Begriff eines »starken Mannes« undeutlich und daher für Vergleiche problematisch ist.

Die soziodemographische Differenzierung ergibt jedoch erneut klare Unterschiede. Männliche Befragte bejahen im Vergleich zu den weiblichen die Aussage über die Disziplin deutlich mehr (26 zu 18 Prozent »stimme sehr zu«) und sind kritischer gegenüber ZuwanderInnen (18 zu 12 Prozent). Gleichzeitig vertreten sie jedoch auch die Stärkung der Frauen in der Politik wesentlich vehementer als weibliche Jugendliche (52 zu 25 Prozent). Zwischen Erwerbstätigen und SchülerInnen treten ebenfalls große Abweichungen auf (siehe Tab. 1). Erstere zeigen eine größere Akzeptanz von Aussagen, die sich auf Autoritarismus beziehen, bzw. von Aussagen, die sich gegen Zuwanderung richten.

Tabelle 1: Einstellungsunterschiede zwischen Erwerbstätigen und SchülerInnen
(Anteile in Prozent)

	Erwerbstätige	SchülerInnen
Zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Gehorsam	31 Stimme sehr zu	13 Stimme sehr zu
Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss	28 Lehne stark ab	48 Lehne stark ab
Zuwanderer nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, Arbeitsplätze weg	22 Stimme sehr zu	9 Stimme sehr zu
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land	23 Stimme sehr zu	13 Stimme sehr zu
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden	12 Stimme sehr zu	4 Stimme sehr zu

n = 1.000

Quelle: SORA/ ISA/ Kozeluh (2009), 33

6. Fazit

Bei aller Vorsicht gegenüber Verallgemeinerungen lässt sich aus den Ergebnissen der Studie doch schließen, dass Jugendliche Politik und politischen Themen grundsätzlich ein großes Interesse entgegenbringen. Allerdings liegt es nahe, die Begriffe »Jugendliche« und »Politik« differenziert zu betrachten.

Die Gruppe der 16- bis 18-Jährigen lässt sich anhand der vorliegenden Daten entlang der Trennlinie SchülerInnen und Erwerbstätige teilen. Während erstere ein größeres Interesse an Politik, einen höheren Informationsstand und eine deutlich geringere Nähe zu autoritären, islam- und zuwanderungsfeindlichen Aussagen aufweisen, trifft für die zweite Gruppe das Gegenteil zu.

Ein wesentlicher Einflussfaktor dürfte – neben den individuellen Lebensumständen – die Schule als Bildungsinstanz sein. Sie genießt großes Vertrauen und ist eine wichtige Quelle für Informationen. Eine Entsprechung für sie fehlt allerdings, sobald Jugendliche in die Erwerbstätigkeit wechseln.

Politische Bildung steht vor der – nicht neuen – Herausforderung, Konzepte zu entwickeln, die auch abseits der Schulen eine adäquate Vermittlung politischer Kompetenzen ermöglichen. Angesichts der bereits lange währenden Debatte um die Etablierung eines eigenen Schulfachs Politische Bildung ist aber durchaus Skepsis angebracht, inwieweit dadurch Veränderungen zu erwarten sind.

Politik per se lässt sich wiederum ausdifferenzieren in den engeren und explizit politischen Bereich der Parteipolitik – samt PolitikerInnen, Parteien, Wahlkämpfen etc. – und in einen im weiteren Sinn politischen Bereich – u. a. zivilgesellschaftliches Engagement, Tätigkeiten in Nichtregierungsorganisationen (NGOs), schulinterne Mitbestimmung. Die Parteipolitik ist bei den Jugendlichen schlecht angeschrieben, sie stößt auf viel Skepsis und negative Klischees sind bei den 16- bis 18-Jährigen stark verankert. Gleichzeitig weisen sie eine vergleichsweise hohe Bereitschaft auf, sich politisch zu engagieren, ohne dieses Engagement aber primär als politisch wahrzunehmen. Die Begriffswelt der 16- bis 18-Jährigen ist im politischen Bereich deutlich auf den auch medial dominierenden politischen Wettbewerb und politische Institutionen fokussiert.

Defizite bestehen beim Informationsstand und politischen Wissen, und diese werden von den Jugendlichen auch selbst wahrgenommen. Sie verlangen nach mehr Informationen über politische Themen, was eine zumindest grundsätzlich vorhandene Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit Politik zeigt. Ihrer eigenen politischen Reife stehen sie skeptisch bis kritisch gegenüber, was im Sinne der Selbstreflexion positiv zu bewerten ist.

Literatur

- Adelson, Joseph (1980) *Die politischen Vorstellungen des Jugendlichen in der Frühadolescenz*. In: Döbert, Rainer (Hg.) *Entwicklung des Ichs*. Königstein, 272–293.
- Beck, Reinhart (1977) *Sachwörterbuch der Politik*. Stuttgart.
- Berelson, Bernard et al. (1954) *Voting*. Chicago.
- Buhl, Monika (2003) *Jugend, Familie, Politik*. Opladen.
- Büttner, Christian/Kladzinski, Magdalena (2005) *Demokratie in Familie und Kindergarten? Konzepte zu Partizipation und Interessenskonflikte*. In: Sander, Wolfgang (Hg.) *Handbuch politische Bildung*. Schwalbach, 171–183.
- Campbell, Angus et al. (1960) *The American Voter*. New York.
- Claußen, Bernhard (1982) *Politische Sozialisation in Theorie und Praxis*. In: Claußen, Bernhard/Wasmund, Klaus (Hg.) *Handbuch der politischen Sozialisation*. Braunschweig, 1–22.
- Claußen, Bernhard (1996) *Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung*. In: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hg.) *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation*. Opladen, 15–48.
- Delli Carpini, Michael/Keeter, Scott (1996) *What Americans Know about Politics and Why it Matters*. New Haven.
- DUK (Donau-Universität Krems)/OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2007) *Pilotstudie Jugend und Politische Bildung im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung*. Wien.
- Easton, David/Dennis, Jack (1969) *Children in the Political System. Origins in the Political Legitimacy*. New York.

- Europäische Kommission (2005) *Standard-Eurobarometer 64*. Brüssel.
- Europäische Kommission (2008) *Standard-Eurobarometer 69*. Brüssel.
- Fend, Helmut (1991) *Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne*. Bd. 2. Bern.
- Fend, Helmut (2000) *Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Ein Lehrbuch für pädagogische und psychologische Berufe*. Opladen.
- Fieldhouse, Edward et al. (2007) *Something about Young People or Something about Elections? Electoral Participation of Young People in Europe: Evidence from a Multilevel Analysis of the European Social Survey*. In: *European Journal of Political Research*, Nr. 6, 797–822.
- Filzmaier, Peter/ Perlot, Flooh (2009) *Von A(gargemeinschaft) bis Z(ukunftsangst). Themen und Stimmungslagen im Tiroler Wahljahr 2008*. In: Hämmerle, Kathrin/ Plaikner, Peter (HgInnen) *Tiroler Jahrbuch für Politik 2008/ 2009*. Wien, 13–28.
- Fiorina, Morris P. (1981) *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven.
- Franklin, Mark N. (2004) *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945*. Cambridge, UK.
- Froomkin, Michael A. (2004) *Technologies for Democracy*. In: Shane, Peter M. (ed.) *Democracy Online. The Prospects for Political Renewal through the Internet*. New York, 3–20.
- Hansen, Emanuel (2009) *Politische Partizipation in Europa. Erklärungsfaktoren und ihr Zusammenwirken*. Marburg.
- Henkenborg, Peter (2006) *Politische Bildung als Schulprinzip: Demokratie-lernen im Schulalltag*. In: Sander, Wolfgang (Hg.) *Handbuch politische Bildung*. Schwalbach, 265–281.
- Hess, Robert D./ Torney, Judith V. (1970) *The Development of Political Attitudes in Children*. Chicago.
- Jennings, Kent M./ Niemi, Richard G. (1981) *Generations and Politics*. Princeton.
- Jennings, Kent M./ Stoker, Laura (2004) *Social Trust and Civic Engagement across Time and Generations*. In: *Acta Politica*, Vol. 39, 342–379.
- Kaase, Max (1992) *Vergleichende Politische Partizipationsforschung*. In: Berg-Schlosser, Dirk/ Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.) *Vergleichende Politikwissenschaft*. Opladen, 145–160.
- Key, Vladimir O. (1966) *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936–1960*. Cambridge, Mass.
- Kozeluh, Ulrike/ Nitsch, Sigrid (2006) *Wählen heißt erwachsen werden! Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005*. In: *SWS-Rundschau*, Nr. 2, 126–149.
- Lazarsfeld, Paul F. et al. (1944) *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York.
- Lipset, Seymour/ Rokkan, Stein (1967) *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*. In: Lipset, Seymour et al. (eds.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, 1–64.
- Miller, Warren E./ Shanks, Merrill J. (1996) *The New American Voter*. Cambridge, Mass.
- Oerter, Rolf (1987) *Jugendalter*. In: Oerter, Rolf/ Montada, Leo (Hg.) *Entwicklungspsychologie*. Ein Lehrbuch. München, 265–338.
- Oesterreich, Detlef (2002) *Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education*. Opladen.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (2002) *Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie?* Wien.
- Plutzer, Eric (2002) *Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood*. In: *American Political Science Review*, Nr. 1, 41–56.
- Preiser, Siegfried (2002) *Jugend und Politik*. In: Oerter, Rolf/ Montada, Leo (Hg.) *Entwicklungspsychologie*. Weinheim, 874–884.
- Rathkolb, Oliver/ Ogris, Günther (2008) *Historical Totalitarian Experiences, Authoritarian Potential and Democratic Values in Austria, Poland, Hungary, and the Czech Republic*. Endbericht zum Projekt P06-0021 des Zukunftsfonds der Republik Österreich. Wien.
- Schneider, Helmut (1995) *Politische Partizipation – Zwischen Krise und Wandel*. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hgin) *Jugend und Demokratie in Deutschland*. Opladen, 275–336.
- SORA (Institute for Social Research and Analysis)/ ISA (Institut für Strategieanalysen)/ Kozeluh, Ulrike (2009) *Wählen mit 16. Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Befragung – Fokusgruppen – Tiefeninterviews*. Wien.
- Torney-Purta, Judith et al. (2001) *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries*. Civic

- Knowledge and Engagment at Age Fourteen.* Amsterdam.
- Verba, Sidney et al. (1995) *Voice and Equality: Civic Volunteerism in American Politics.* Cambridge, Mass.
- http://derstandard.at/fs/1244460578904/Werte-studie-Studie-Sehnsucht-nach-dem-starken-Mann?sap=2&_pid=13225378 , 14. 6. 2009.
- <http://www.entscheidend-bist-du.at> , 1. 8. 2009.

Internetadressen

European Social Survey (2008) http://www.europeansocialsurvey.org/index.php?option=com_content&view=article&id=63&Itemid=356 , 12. 10. 2009.

European Values Study (2008) <http://www.europeanvaluesstudy.eu/evs/surveys/survey-2008.html> , 12. 10. 2009.

Kontakt:

flooh.perlot@strategieanalysen.at
mz@sora.at